

# Gesetze gegen Arbeitnehmerrechte

Die republikanische Attacke wird mit alarmierender Geschwindigkeit vorangetrieben. Anfang April wurden in Ohio, Wisconsin und Michigan Gesetze zum Abbau der kollektiven Verhandlungsrechte verabschiedet. Sie laufen alle darauf hinaus, den Gouverneuren letztinstanzliche Entscheidungsrechte über die Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten zu sichern. In Ohio etwa soll zukünftig der Gouverneur das Recht haben, Löhne festzulegen und Streiks zu untersagen, wenn die Gewerkschaften das letzte Angebot des Arbeitgebers ablehnen. In Michigan ist ein Gesetz erlassen worden, das dem Gouverneur das Recht gibt, Gemeinden für insolvent zu erklären und die Kollektivrechte ihrer Beschäftigten aufzuheben. In New Mexico hat der Gouverneur gleich die gesamte Behörde lahmgelegt, die für Konfliktregulierung zuständig war.

Drei Varianten von Gegenbewegung kristallisieren sich heraus:

- Arbeits- und Staatsrechtler bestreiten die Rechtmäßigkeit der erlassenen Gesetze und haben überall Verfassungsklagen eingereicht.
- Die Gewerkschaften versuchen, die unerwartet hohe Solidarität in eine landesweite Kampagne umzuformen.
- In der politischen Arena formiert sich eine breite anti-republikanische Allianz mit dem Ziel, die demokratischen Mehrheiten zu erneuern und die restriktiven Arbeitsgesetze aufzuheben.